

Neue EU-Handelsstrategie: „Taten statt Worte“ – Handelsverband für rasche Schaffung fairer Wettbewerbschancen auf globalen Märkten

Bewältigung der Klimakrise & Unterstützung für KMU als entscheidende Bausteine für die Zeit nach der Corona-Pandemie. BMDW-Studie bestätigt Bedarf für nachhaltige Handelsstrategie



Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will (© Stephan Doleschal)

Der **Handelsverband** begrüßt die neue Handelsstrategie der EU-Kommission. Ziel der Kommission ist es, einen Konsens über die mittelfristige Ausrichtung der europäischen Handelspolitik zu erzielen, dabei auf viele neue globale Herausforderungen zu reagieren und auch die Lehren aus der Corona-Krise zu berücksichtigen.

„Die neue EU-Handelsstrategie kann einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Neustart nach der Pandemie leisten, indem sie den

Fokus auf den ökologischen und digitalen Wandel richtet. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir die Resilienz unserer Wertschöpfungsketten erhöhen, um künftige Beschaffungskrisen zu verhindern? Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir die Weichen für eine nachhaltige Globalisierung stellen, von der möglichst alle profitieren?“, so Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will in einer ersten Stellungnahme.

Das lesen Sie in diesem Artikel

- **Dringenden Handlungsbedarf sieht der Handelsverband insbesondere in folgenden vier Bereichen:**
- **Beschaffungskrise könnte Wirtschaftsaufschwung deutlich bremsen**
- **Fair Commerce: HV fordert gleiche Wettbewerbschancen auf globalen Märkten. Jahrzehntelangen Ankündigungen müssen Taten folgen.**

Dringenden Handlungsbedarf sieht der Handelsverband insbesondere in folgenden vier Bereichen:

- Aufbau einer widerstandsfähigen und nachhaltigen EU-Wirtschaft für die Zeit nach der Pandemie (Krisenresilienz);
- Schaffung globaler Handelsmöglichkeiten v.a. für kleine und mittlere Unternehmen (KMU-Förderung);
- Maximierung des Beitrags der EU-Handelspolitik zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der nachhaltigen Entwicklung oder dem digitalen Wandel;
- Förderung gleicher und fairer Wettbewerbsbedingungen und Schutz von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern in der EU (Fair Commerce);

„Nirgendwo auf der Welt werden Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und

Menschenrechtsstandards so hochgehalten wie in Europa. Darauf können wir zurecht stolz sein. Künftig wird der europäische Handel einen noch größeren Beitrag zur Lösung der Klimakrise sowie zur Förderung verantwortungsvoller Wertschöpfungsketten leisten. Allerdings müssen die Anpassungen möglichst praxisnah ausgestaltet sein, denn vor dem Hintergrund der negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie können wir uns neue Bürokratie-Exzesse schlicht nicht leisten”, ist Will überzeugt.

Beschaffungskrise könnte Wirtschaftsaufschwung deutlich bremsen

Wenngleich sowohl die Unternehmen als auch die Endverbraucher die wirtschaftliche Lage zurzeit deutlich optimistischer einschätzen als noch zu Jahresbeginn, könnten die aktuelle Beschaffungskrise in der Industrie bzw. im Handel sowie damit einhergehende Preissteigerungen den weltweiten Wirtschaftsaufschwung gravierend einbremsen.

„Mittlerweile kämpfen drei von vier Händlern mit Lieferverzögerungen. Auch die heimische Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft leiden unter massiven Rohstoffengpässen, steigenden Preisen bei Metall, Holz und Kunststoff, dem Containermangel in Fernost sowie Covid-bedingten Ausfällen bei internationalen Fabriken. Wir gehen davon aus, dass die aktuelle Beschaffungskrise noch zumindest drei bis sechs Monate andauern wird. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für die Konjunkturentwicklung und zeigt, wie wichtig es ist, regionale Wertschöpfung und KMU in Europa zu unterstützen”, bestätigt Rainer Will, bundesweiter Sprecher des österreichischen Handels.

Fair Commerce: HV fordert gleiche Wettbewerbschancen auf globalen Märkten. Jahrzehntelangen Ankündigungen müssen Taten folgen.

Schon seit Jahren fordert der Handelsverband im Zuge seiner Fair

Commerce-Initiative gleiche Wettbewerbsbedingungen auf den globalen Märkten. *„Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn von einem Level Playing Field mit China und den USA sind wir noch meilenweit entfernt. Neben einer Novelle des europäischen Wettbewerbsrechts muss die Kommission auch Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen aus Drittländern bei ausländischen Investitionen strenger verfolgen. Überdies ist die Einführung einer globalen Mindeststeuer für große multinationale Konzerne seit Jahrzehnten überfällig. Aus Worten müssen Taten werden“*, so Rainer Wills Resümee.

Aussender: Handelsverband

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at